

Weißer Selbstbilder

Der Habitus des Verleugnens

von Gunnar Theissen

Durch Wahrheit zur Versöhnung – so lautet die Philosophie der Wahrheits- und Versöhnungskommission. Richtig ist, daß eine Gesellschaft, die ihre eigene autoritäre Vergangenheit verdunkelt, geprägt bleiben wird von tiefem Mißtrauen zwischen Tätern und Opfern, Weißen und Schwarzen. Denn wie kann in einer konfliktgeladenen Gesellschaft zwischenmenschliches Vertrauen hergestellt werden, wenn die eine Seite ignoriert, wie es der anderen ergeht?

Der vorschnelle Glaube, die südafrikanische Gesellschaft könne durch jene entsetzliche Wahrheit einfach versöhnt werden, ist einer realistischeren Einschätzung gewichen. Die Ergebnisse einer Meinungsumfrage in der Tageszeitung *Business Day*¹ reflektieren dies. So unterstützten im Juli 1998 rund zwei Drittel aller Südafrikaner die Behauptung, die Wahrheitskommission habe die Menschen eher verbittert und die Beziehungen zwischen den Rassen verschlechtert. 72% aller weißen und 62% aller schwarzen und farbigen Südafrikaner schlossen sich dieser Meinung an. Die rund 2.500 Befragten waren gespalten, ob die Kommission das zukünftige Zusammenleben aller Südafrikaner erleichtern werde. 39% bejahten dies, während 38% es verneinten.

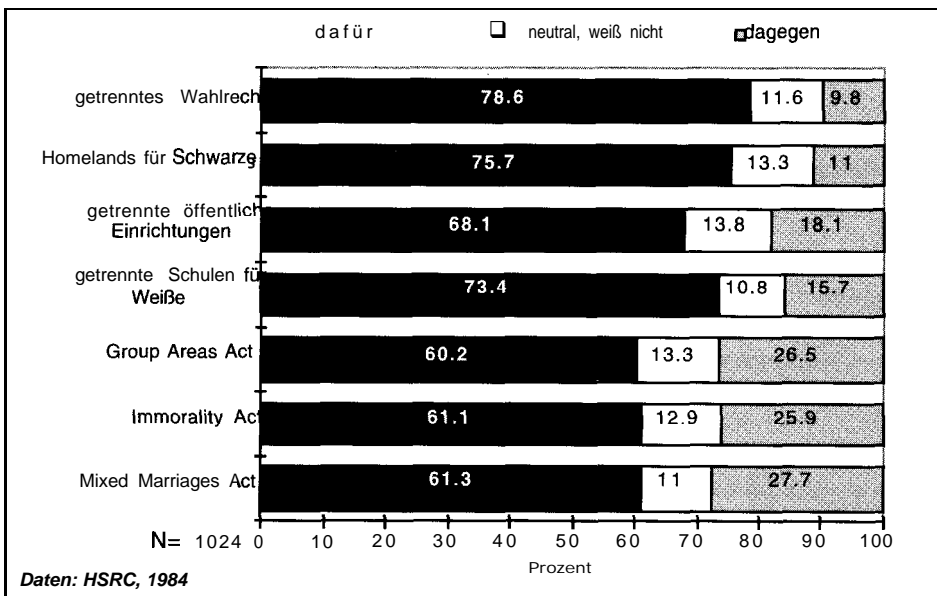
Das Ausbleiben der Versöhnung wird nicht nur von den ehemaligen Sympathisanten des Apartheidregimes beklagt. Die Geister scheiden sich jedoch, was denn unter Versöhnung verstanden wird. Während die einstigen Profiteure des Apartheidregimes unter Versöhnung meist den vollständigen Ablass, ein bedingungsloses Vergeben und Vergessen jener Verbrechen verstehen, verbindet die früher entrechtete Bevölkerungsmehrheit mit Versöhnung gerade das Gegenteil. Man erwartet die Anerkennung jener Verbrechen, Mitgefühl für vergangenes Leiden und die Bereitschaft, das vergangene Unrecht, so weit es geht, wiedergutzumachen. Hinter dem Diskurs über Versöhnung verbergen sich handfeste politische Interessen. Während die Unterstützer des Apartheidsystems ihren Anspruch auf moralische Entlastung und ein ungestörtes Weiterleben einklagen, geht es der schwarzen Bevölkerungsmehrheit darum, der privilegierten weißen Minderheit ein Eingeständnis ihrer Mitverantwortung abzurufen, aus dem der berechnete Anspruch auf Wiedergutmachung abgeleitet werden kann.

Insbesondere der weißen Bevölkerung Südafrikas fällt es nicht leicht, sich vom mentalen Ballast der Apartheidvergangenheit zu lösen. Zwar möchte heute niemand für die Apartheid gewesen sein. Das Unbehagen an der eigenen Vergangenheit kann jedoch nicht über den breiten Konformismus hinwegtäuschen, dessen sich das Apartheidregime damals sicher sein konnte. Joe Slovo, der weiße kommunistische Widerstandskämpfer, war eher die Ausnahme -zu Apartheidzeiten von seinen weißen Landsleuten mehr gehaßt als geliebt.

Die National Party konnte das System der Rassentrennung nach 1948 beständig durch neue Gesetze perfektionieren, ohne in der Gunst der ausschließlich weißen Wählerschaft zu fallen. Ihren Zenit erreichte die sie bezeichnenderweise im Jahre 1977, ein Jahr nach der blutigen Niederschlagung des Schüleraufstandes von Soweto. 67% aller Stimmen wurden für sie abgegeben. Die tendenziell apartheidkritische liberale Opposition kam während des Ausnahmezustandes der 80er Jahre nicht über die 20%-Marke hinaus.*

Meinungsumfragen wie die des *Human Science Research Council*³ zeigen, daß die Politik der Rassentrennung nicht nur am Wahltag Mehrheiten finden konnte (siehe Grafik). Die englischsprachigen Weißen machten da keine Ausnahme. Sie hatten zwar deutlich liberalere Haltungen, doch auch unter den Englischsprachigen war 1984 das Lager der Apartheidanhänger größer als das der Gegner.

Einstellung zur Rassentrennung, weiße Südafrikaner 1984



Für die weiße Minorität war die Apartheid alles andere als eine von oben aufgezwungene Ordnung. Sie war Produkt einer Symbiose. Staatliches Handeln und öffentliche Meinung schufen, stützten und beeinflussten sie gleichermaßen. Die Angst vor einem »totalen kommunistischen Angriff«, durch Regierungspropaganda geschürt, wurde vom weißen Südafrika tatsächlich weitgehend geteilt. Man war dazu bereit, das eigene System notfalls mit allen Mitteln zu verteidigen. Das Verbot aller Black Consciousness Organisationen und die Inhaftierung ihrer Führer wurde von 68% aller Weißen im November 1977 gutgeheißen.⁴ Militärische Schläge gegen ANC-Ba-

sen in den Nachbarstaaten konnten sich bis Ende der 80er Jahre 70-80 prozentiger Mehrheiten sicher sein.⁵ Im Juli 1985 meinten 89% aller Weißen, der Ausnahmezustand sei zur rechten Zeit erfolgt oder hätte schon früher erfolgen sollen. Nur knapp 5% widersprachen. Im Mai 1989 waren 57% aller Weißen dafür, »Personen, die im Verdacht stehen, gegen die Sicherheitsgesetzgebung zu verstoßen, ohne Prozeß zu inhaftieren.«⁶ Solche Umfrageergebnisse wurden erzielt, obwohl Berichte über Folter in Sicherheitshaft verbreitet waren. Denn trotz staatlicher Zensur konnte nicht alles verborgen bleiben. Man mußte nicht unbedingt zur alternativen Presse greifen, um das unschöne Gesicht der Apartheid zu erahnen. Die traurige Bilanz: Viele weiße Südafrikaner hielten nicht nur die Augen vor den Menschenrechtsverletzungen ihres eigenen Regimes verschlossen. Sie unterstützten sogar mehrheitlich die Entrechtung ihrer eigenen Landsleute und im Zweifelsfall auch die Repression zum Erhalt des Status quo. Menschen konnten auf merkwürdige Weise ums Leben kommen, der Apartheidstaat mußte sich nur begrenzt Sorgen machen, dadurch die Loyalität der weißen Bevölkerung zu erschüttern.

Neue Verfassungen und demokratische politische Institutionen lassen sich vergleichsweise schnell nach Systemwechseln schaffen. Der Wandel von Einstellungen innerhalb der Bevölkerung vollzieht sich jedoch langsamer. Aus den einstigen Unterstützern der Apartheid werden schwerlich über Nacht Enthusiasten für die neue multikulturelle Gesellschaft. Die Aufklärung vergangener Verbrechen kann nur begrenzt zu einem Einstellungswandel beitragen. Unkritische bis revisionistische Geschichtsbilder bleiben meist noch lange erhalten.

Ein Blick auf die politische Kultur Westdeutschlands nach 1945 zeigt ähnliche Phänomene.⁷ Die amerikanische Vorstellung, man könne die Deutschen umerziehen, war nur auf lange Sicht erfolgreich: Es vergingen rund zwanzig Jahre, bis deutliche Mehrheiten Deutschlands Schuld am Ausbruch des zweiten Weltkrieges eingestanden. 1951, sechs Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, behaupteten noch 42%, den Deutschen sei es am besten unter dem NS-Regime von 1933-1939 gegangen. Für 45% war die Zeit des Kaiserreiches vor 1914 die beste Epoche. Nur 2% sahen das Nachkriegsdeutschland als beste Zeit an.⁸ Mit Hilfe des Wirtschaftswunders drehte sich dieser Trend bis Anfang der 70er Jahre dramatisch um. Der Aussage »der Nationalsozialismus war eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde« stimmten 1968 noch 55% aller Westdeutschen zu.⁹ Im vereinigten Deutschland von 1994 waren es immer noch 24%.¹⁰ Hitler wurde bis Mitte der 70er Jahre noch immer von rund einem Drittel der westdeutschen Bevölkerung als einer der »größten Staatsmänner« angesehen. Die Meinung, der NS-Staat sei ein ungerechter Staat, die NS-Regierung ein kriminelles Regime, unterstützten 1964 nur 54%. 1990 waren es 85%.¹¹ Ein ähnlicher Einstellungswandel läßt sich gegenüber dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus beobachten. 1951 begrüßten nur 38% aller Westdeutschen den Anschlag vom 20. Juli 1944.¹² Bis in die 60er Jahre wurde der Widerstand oft noch als »Vaterlandsverrat« angesehen.

Vergleichbar mit den Einstellungen weißer Südafrikaner zur Wahrheitskommission, haben die Deutschen ein gespaltenes bis negatives Verhältnis zur Aufklärung der Kriegs-

verbrechen und der Verurteilung ihrer Täter. Während die Nürnberger Prozesse zu Beginn noch als fair angesehen wurden, wandelte sich im nachhinein deren Einschätzung unter dem Einfluß der unpopulären Entnazifizierung der Alliierten. 1952 sprachen sich über 59% gegen die Art und Weise aus, wie die westlichen Besatzungsmächte mit den Kriegsverbrechern umgingen. Die Entnazifizierung wurde überwiegend als unnötig oder als Schikane angesehen. Nur wenige sahen die Demokratie durch die Wiedereinstellung ehemaliger Nazis gefährdet. Das Gnadenfieber der 50er Jahre wurde von der Bevölkerung überwiegend unterstützt. Zwei Drittel aller Befragten waren 1952 der Meinung, daß ehemalige Mitglieder der NSDAP die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten in Politik und Wirtschaft haben sollten wie andere Deutsche. 42% meinten, deutsche Generäle, die von den Alliierten als Kriegsverbrecher verurteilt worden waren, sollten wegen ihrer Fähigkeiten und Erfahrungen hohe Positionen in einer neuen deutschen Armee bekleiden.¹³ Während die westdeutsche Gesellschaft die Reintegration ihrer NS-Eliten vorantrieb, war das Verhältnis zu den Opfern des Holocaust eher durch einen Mangel an Empathie und Unterstützung gekennzeichnet. Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen vom August 1952 lehnten zwei Drittel aller Befragten ab.¹⁴ Die Berliner Antisemitismusforscher Bergmann und Erb¹⁵ haben gezeigt, daß antisemitische Einstellungen im Nachkriegsdeutschland fortbestehen und mit Schuldabwehr und revisionistischen Geschichtsbildern verbunden sind. Juden werden von einem leider immer noch beträchtlichen Teil der deutschen Gesellschaft unter anderem deshalb gehaßt, weil sie an die NS-Vergangenheit erinnern, eine Vergangenheit, die viele Deutsche am liebsten ausblenden und vergessen möchten. Dieser sekundäre Antisemitismus behauptet, Juden würden den Holocaust instrumentalisieren, um »anständige« Deutsche zu erniedrigen und zu verunglimpfen.

Vor diesem Hintergrund überraschen die Ergebnisse einer kleinen explorativen Telefonumfrage unter weißen Südafrikanern nicht. Sie wurde zusammen mit dem Centre for the Study of Violence and Reconciliation (CSV) im Frühjahr 1996 durchgeführt.¹⁶ Zwar bekannten sich nur wenige der 124 Befragten offen dazu, die Apartheid wieder einführen zu wollen. Allerdings waren nur knapp über die Hälfte (56%) aller Befragten der Meinung, das ehemalige politische System sei ungerecht gewesen. Rund 44% sagten, die Apartheid sei eine gute Idee gewesen, die nur schlecht ausgeführt worden sei, und jeder dritte Befragte behauptete sogar, die Apartheid habe Südafrika mehr Gutes als Schlechtes angetan. 81% der Befragten waren der Meinung, es bestünde kein moralischer Unterschied, ob eine Tat zur Verteidigung des Apartheid-systems oder im Zuge des Befreiungskampfes begangen worden sei.

Die Wahrheitskommission selbst wurde zu Beginn ihrer Tätigkeit von den meisten weißen Südafrikanern als eine ambivalente oder gar negative Institution angesehen. Fast jeder zweite Befragte (44%) behauptete, die Wahrheitskommission sei eine Hexenjagd des ANC, um seine Feinde zu diskreditieren. Lediglich jüngere weiße Südafrikaner unter 30 Jahren waren überwiegend positiv ihr gegenüber eingestellt.

In unserer Studie wollten wir auch wissen, wer aus der Sicht der Befragten für die Repression in den schwarzen Gemeinden verantwortlich sei. Anti-Apartheids-Aktivi-

sten wurden an erster Stelle genannt. (57% Zustimmung). Erst an zweiter Stelle wurde die Verantwortung bei den Sicherheitskräften und der ehemaligen Regierung der Nationalen Partei verortet (jeweils 46% Zustimmung). Nur 14% stimmten der Aussage zu, daß »all jene, die in der Vergangenheit die Nationale Partei unterstützt haben, bis zu einem gewissen Grad« mitverantwortlich seien. Die Versuchung ist offenbar groß, die Mitverantwortung für das Apartheidsystem durch Projektion der Schuld auf die Opfer abzuwehren. Leider liegen keine vergleichbaren Daten vor, aus denen man Schlüsse ziehen könnte, ob es der Wahrheitskommission gelungen ist, diesen Trend zur Stigmatisierung der Opfer zu brechen. Es wundert nicht, daß die Bereitschaft zur Wiedergutmachung gering ist. Entschädigungen für die Opfer der Menschenrechtsverletzungen lehnten 56% aller Befragten ab.

Das Menschenrechtsbewußtsein der weißen Bevölkerung läßt ebenfalls zu wünschen übrig. Es wird vermutlich noch lange dauern, bis der Grundrechtskatalog der neuen Verfassung seine Entsprechung in der politischen Kultur des neuen Südafrikas finden wird. So stimmten im Mai 1996 noch rund 68% aller Befragten der Aussage zu, »die Inhaftierung politischer Gefangener ist manchmal notwendig, um die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten«. Die Todesstrafe wurde von etwa 80% aller weißen Befragten unterstützt. Andere Umfragen lassen vermuten, daß das Menschenrechtsbewußtsein auch unter der schwarzen Bevölkerungsmehrheit nicht besonders stark ausgeprägt ist. Es steht zu befürchten, daß – in Reaktion auf Südafrikas hohe Kriminalitätsrate – Folter und leichtfertiger Schußwaffeneinsatz durch Sicherheitskräfte von der Bevölkerung toleriert werden. Schließlich handelt es sich bei den Opfern von heute »lediglich« um Kriminalitätsverdächtige.

Es bestehen auch enge Verbindungen zwischen neuem Rassismus und der Einstellung zur Vergangenheitsbewältigung. Dem sekundären Nachkriegsantisemitismus ähnlich wird Schwarzen nun vorgeworfen, die Apartheidvergangenheit zu benutzen, um Weiße zu erniedrigen und sich selbst zu bereichern. Affirmative Action und Wiedergutmachung vergangenen Unrechts werden als Apartheid unter umgekehrtem Vorzeichen gebrandmarkt.

Die Daten der CSV-Studie bestätigen insgesamt den engen Zusammenhang zwischen niedrigem Menschenrechtsbewußtsein, Glorifizierung der Apartheid und negativen Einstellungen gegenüber der neuen Demokratie. Dieses System sich gegenseitig verstärkender Einstellungen, die eine mentale Anpassung an das neue Südafrika erschweren, möchte ich als Post-Apartheid-Syndrom bezeichnen. Rund ein Viertel aller Befragten verfügte über ein derartiges geschlossenes Weltbild. Die Wahrheitskommission wird es kaum vermögen, ein solches Weltbild aufzubrechen.

Es gibt unterschiedliche Ursachen, warum sich Menschen nach Systemwechseln in einem Netz von Verleugnung, Verdrängung und neuen Vorurteilen verfangen. Eine möchte ich hier aufführen. Die Aufarbeitung vergangenen Unrechts zehrt an ihrem eigenen Selbstbild. Die entsetzliche Wahrheit der Apartheid stellt das eigene Bild in Frage, ein ordentlicher und anständiger Staatsbürger gewesen zu sein, der sich eigentlich nie etwas zuschulden hat kommen lassen. Ein Eingeständnis der eigenen

Verwobenheit in das vergangene Unrechtssystem bedarf äußerst anstrengender kognitiver Anpassungsleistungen. Es ist daher viel einfacher, das bedrohte Selbstbild zu schützen, indem widersprüchliche Informationen selektiv ausgeblendet, angezweifelt oder durch Gegenvorwürfe entschärft werden.

Das Auftreten der Vertreter des einstigen Apartheidregimes vor der Wahrheitskommission zeugt von den Bemühungen, die eigene Schuld abzustreiten. Der ehemalige Regierungschef de Klerk beschwor vor der Kommission die Entwicklungsleistungen der »getrennten Entwicklung« und wollte natürlich von keinen außer-gesetzlichen Maßnahmen unter seiner Regierungszeit gewußt haben. Ex-Polizeichef Johann van der Merwe bemühte sich gar, der südafrikanischen Öffentlichkeit zu erklären, man habe unter dem »Eliminieren« von Feinden nur die Inhaftierung von Anti-Apartheid-Aktivisten verstanden. Auch Winnie Madizika-Mandela hat sich nicht sehr überzeugend präsentiert. Am Ende der mehrtägigen Anhörungen über den Terror ihrer Leibwächter war ihr nur mühsam das Geständnis zu entlocken, daß etwas ziemlich schief gelaufen sei.

Die Wahrheits- und Versöhnungskommission kann keinen Sinneswandel erzwingen. Sie kann diesen Prozeß lediglich fördern. Die Tatsache, daß junge weiße Südafrikaner im Durchschnitt weitaus unbefangener gegenüber der Wahrheitskommission eingestellt sind, läßt für die Zukunft hoffen.

Doch solange ein beträchtlicher Teil der weißen Südafrikaner die Apartheid-Vergangenheit glorifiziert, Wiedergutmachung ablehnt und statt dessen mehrheitlich (54% Zustimmung) behauptet, es würde »heutzutage zu viel für die Schwarzen auf Kosten der Weißen getan«, wird der Weg zur Versöhnung von Steinen übersät sein.

1 Business Day, 27.07.1998.

2 vgl. Johan van Rooyen, *Hard right: the new white power in South Africa*. London: Tauris, 1994.

3 Nic J. Rhoadie, C.P. de Kock & M.P. Couper: *White perceptions of socio-political change in South Africa*. In: D.J. van Vuuren et al. (eds.): *South Africa. A plural society in transition*. Durban: Butterworths, 1985.

4 Jan Hofmeyr, *How white political opinions have changed, 1977-1990*. In: *Monitor* (Port Elizabeth, SA), Bd. 2, Nr. 1/2, S. 37-42.

5 South African Institute for International Affairs (Hg.), *What do we think? A survey of white opinion on foreign policy issues*. Nr. 1 (1982) Nr. 5 (1990). Johannesburg: SAIIA.

6 vgl. Jan Hofmeyr, Fn. 4.

7 Anm. d. Hg.: Prinzipiell halten wir jedoch eine Parallelisierung der geschichtlichen Entwicklung in Südafrika und Deutschland für problematisch.

8 Institut für Demoskopie (Hg.), *Jahrbuch für öffentliche Meinung*, 1986/1992. Wien: Saur, 1993, S. 408.

9 Werner Bergmann & Rainer Erb, *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989*. Opladen: Leske+Budrich, 1991, S. 252.

10 FORSA-Meinungsumfrage, in: *Die Woche*, 01.06.1994.

11 Institut für Demoskopie, Fn. 7, S. 381, 408.

12 Anna J. Merritt & Richard L. Merritt (Hg.): *Public opinion in semisovereign Germany. The HICOG surveys, 1949-1955*. Urbana: University of Illinois Press, 1980, S. 147.

13 ebda, S. 11.

14 ebda, S. 9.

15 Werner Bergmann & Rainer Erb, Fn. 8.

16 Gunnar Theissen, *Between acknowledgement and ignorance. How white South Africans have dealt with the apartheid past*. Johannesburg: Centre for the Study of Violence and Reconciliation, 1997.